

36. Vollversammlung am 15. September 2020

Beschluss der Vollversammlung

Jugendverbände fördern - vor allem jetzt!

Seit Mitte März 2020 betreffen die Auswirkungen der Corona-Pandemie und die Einschränkungen des öffentlichen Lebens in unmittelbarer Weise die konkrete Arbeit der Jugendverbände, wie auch anderer freier und öffentlicher Träger der Jugendarbeit und auch der Jugendbildungsstätten.

Im Koalitionsvertrag 2019 steht „Der Landesjugendplan, der Grundlage für die Jugendförderung, die außerschulische Jugendbildung, die internationale Jugendarbeit und die Jugendverbandsarbeit ist, wird weiterentwickelt.“ Dies galt es vor der Pandemie zu tun und dies gilt es nun mit noch mehr Nachdruck gemeinsam einzufordern und umzusetzen.

Was es braucht!

Für die Jugendbildungsstätten aber auch für einige Vereine und Verbände sind die Auswirkungen der Corona-Pandemie zu einer existenzbedrohenden Situation geworden. Diese Verbände und Einrichtungen müssen dringend unterstützt werden. Ihr Wegbrechen wäre ein schwerer Verlust für das Land Brandenburg.

Die letzten Wochen haben zudem erneut deutlich gemacht, dass gute ehrenamtliche Arbeit ein starkes Hauptamt im Hintergrund braucht. Jenen Verbänden mit stabilen hauptamtlichen Strukturen ist es wesentlich leichter gefallen, die vielen Herausforderungen der letzten Wochen zu bewältigen. Auch deshalb bestärken wir unsere langjährige Forderung nach **einer Aufstockung des Landesjugendplans, sodass pro Jugendverband mindestens ein/eine hauptamtliche*r Jugendbildungsreferent*in** finanziert werden kann.

So wie Programme zur Stabilisierung der Wirtschaft aufgesetzt werden, braucht es auch **Programme zum Erhalt von Jugendkultur und außerschulischen Bildungslandschaften.**



Zu erwartende wirtschaftliche, politische und soziale Folgen dürfen die Interessen junger Menschen nicht erdrücken. Auch Jugendliche sind systemrelevant! Die jugendpolitischen Ziele des Koalitionsvertrages müssen dringend aufrechterhalten und weiterentwickelt werden.

Jugendverbände und kommunale Jugendringe sind erleichtert, dass sie ihre Arbeit nach und nach wiederaufnehmen können. Gleichwohl ist ihnen bewusst, dass dies nicht die Rückkehr zum Normalzustand bedeutet und es zu neuen Einschränkungen kommen kann. Im Krisenmodus der letzten Wochen wurden weder Kinder und Jugendliche selbst, noch deren Interessenvertretungen an den tiefgreifenden Entscheidungen beteiligt. Sollte es notwendig sein, erneut Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie vornehmen zu müssen, fordern wir, dass **junge Menschen, bei sie betreffenden Entscheidungen, beteiligt werden**. Nur so können Konzepte entwickelt werden, die nicht zwangsläufig dazu führen, dass junge Menschen erneut heftige Einschnitte in ihr Recht auf Bildung, ihr Recht auf Spiel, Freizeit und Erholung sowie ihr Recht auf körperliche Unversehrtheit und Schutz vor Gewalt hinnehmen müssen.

Jugendpolitik weiterentwickeln!

Die letzten Monate wirken wie ein gesellschaftliches Brennglas und machen deutlich, wo es dringender jugendpolitischer Entwicklungen bedarf. Konkret fordern wir Verbesserungen in folgenden Bereichen:

Digitalisierung. Die letzten Wochen haben offenbart, dass die digitale Teilhabe enorme Lücken aufweist. Es fehlen eine digitale Infrastruktur, ausreichend freie und stabile Internetzugänge, freie Softwarelösungen für Kommunikation und Bildung sowie Medienkompetenzen bei Jugendlichen und Erwachsenen. Am stärksten verlieren auch hier Kinder und Jugendliche in prekären Lebensverhältnissen. Die digitale Transformation ist kein Selbstläufer. Sie muss auch nach der Krise dringend weiter vorangetrieben werden und sich stärker am Gemeinwohl orientieren.

Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Die positiven Veränderungen im Bereich Umwelt und Klima, die mit dem Lockdown einhergehen, verdeutlichen welcher hohen Aufwände es bedarf, Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu erreichen. Im Sinne einer generationengerechten Zukunft muss der Pfad einer verbesserten Klima- und Umweltpolitik dringend wiederaufgenommen werden. Klimapolitische Ziele dürfen nicht durch wirtschaftspolitische Entscheidungen zurückgeworfen werden.

Gleiche Rechte für alle Kinder und Jugendlichen. Berichte aus Aufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete beschreiben eine mangelhafte Hygienevorsorge und eingeschränkten Zugang zum Gesundheitssystem sowie zu Bildung und Information, aufgrund fehlenden Zugangs zum Internet. Junge Menschen mit Fluchtgeschichte haben die gleichen Rechte wie alle anderen Kinder und Jugendlichen in Brandenburg. Es gilt eine Gleichheit der Lebensverhältnisse herzustellen!



Noch viel verheerender ist die Situation von Geflüchteten an den Europäischen Außengrenzen. Wir fordern, dass das Land Brandenburg die Aufnahme unbegleiteter junger Geflüchteter möglich macht und sich gegenüber dem Bundesinnenministerium dafür einsetzt, den unerträglichen Zustand an den europäischen Außengrenzen zu beenden.

Existenzielle Nöte. Die existenziellen Nöte jener Kinder und Jugendlichen, die in prekären Verhältnissen leben, hat sich in den letzten Monaten noch verschärft. Es braucht endlich wirksame politische Maßnahmen gegen Kinderarmut. Von konkreten Existenzängsten bedroht sind ebenfalls junge, Arbeitnehmer*innen, Auszubildende und Studierende. Armut trotz Ausbildung in der Krise muss verhindert werden.